

Luke Gasser
Schlierenhölzlistrasse 2
6056 Kägiswil

Herrn Ständerat
Erich Ettl
Katzenrain 2
6064 Kerns

Kägiswil, 12. Juni 2023

Offener Brief an Ständerat Erich Ettl, Präsident SGK

Sehr geehrter Herr Ständerat,
Lieber Erich

Vielen herzlichen Dank für Deine umfangreiche Rückmeldung vom 15. Mai 2023. Deine Bemühungen empfinde ich keineswegs als selbstverständlich angesichts der Gleichgültigkeit, die ich erlebe, wenn ich sehe, mit denen die Mehrheit der Politikerinnen und Politiker (und damit meine ich auch durchaus jene in unserem Kanton) oder andere relevante Kreise (z. B. die Kirchen) an das Corona- Thema herangehen oder eben nicht herangehen.

Ich habe Dich am 22. Mai 2023 angefragt, ob Du bereit wärst, in einem öffentlichen Dialog im Verlaufe des Junis diese meine Fragen zu klären. Der grosse Publikumsaufmarsch bei meinen Veranstaltungen vom 16. und 19. Mai hat gezeigt, dass das Interesse sehr gross ist und dass viele auch gerne Antworten zu der von euch Politikern mitveranstalteten Politagenda von 2020 und 2021 möchten. Du hast eine solche Veranstaltung jedoch mit Hinweis auf Deine völlig überfüllte Agenda abgelehnt bzw. mir angeboten, allenfalls bei einer Deiner regulären „Direkt aus Bern“-Veranstaltungen - allerdings erst im Herbst - meine Fragen zu stellen. Das erscheint, wie Du natürlich selber weisst, bei der Menge an Unklarheiten und den daraus resultierenden Fragen bezüglich der Corona-Politik, aber auch der neuen Ausrichtung der WHO ein geradezu hoffnungsloses Unterfangen; wir wissen beide, dass aufgrund des Umfangs eine Deiner regulären Anlässe sicher nicht den angemessene Rahmen böte - es sei denn, Du bist tatsächlich noch immer der Meinung, dass das zurückliegende Corona-Regime und die damit verbundenen politischen Irrwege ein Themen wie die anderen, die ihr im Parlament als Tagesgeschäft zu bearbeiten habt.

Einigermassen verwundert nehme ich denn auch Deine (hier zitierte) Begründung zur Kenntnis. Du hast geschrieben:

Du hast recht, die Agenda ist eine Herausforderung. Im Juni läuft die Session und meine Kommissionssitzungen (ich habe nach der Session noch 8 Kommissionstage vor meinen Ferien) und viele Anlässe (Schwingfest OW/NW, Trachtenfest, Zentralschweizer Holzerwettbewerb in der Stöckalp, Kantonsratsausflug, Lions-Tag auf Melchsee-Frutt, Lehrabschlussfeiern am Freitag und Samstag, ein Ausflug mit meinem Kochclub, ..., Stiftungsratssitzung und GV). Verstehe das einfach als Erklärung, warum es nicht so einfach ist. ... Wenn du verlangst, dass ich mich den Leuten stelle, dann muss ich festhalten, dass ich regelmässig die Anlässe "Direkt aus Bern" mache. An einem Anlass in Engelberg (mit Monika Rüegger) kam 1 Person! Das war das "Highlight". Letzte Woche kamen immerhin ca. 30 Personen. Und am 8. 2. waren es nicht viel mehr. Auch hier, ich möchte nur festhalten, dass es schade ist, dass diese Möglichkeiten für Fragen nicht genutzt werden.

Es versteht sich, dass jede und jeder seine eigenen Prioritäten setzt. Ich verstehe auch, dass die Ehrenpräsenz bei Schwingern, Trachtenliebhabern und Holzern sicher angenehmer ist als sich möglicherweise unbequemen Fragen zur Politik in den Jahren 2020 und 2021 und deren noch immer grossen Nachwirkungen zu stellen; das illustriert gewissermassen auch die offensichtliche Unlust seitens der Politik, das Corona-Regime und die sich immer mehr als unwahr herausstellenden Aussagen von Politikerinnen und Politikern endlich angemessen aufzuarbeiten. Trotzdem überrascht mich bei allem Verständnis Deine Prioritätenliste schon etwas - insbesondere angesichts der Dramatik und des Impacts, die eure (und die weltweite) Corona-Politik verursacht hat und noch verursachen wird (z. B. WHO-Vertrag).

Ich bin bekanntermassen dem Schwing-Sport durchaus verbunden und die Holzer sind mir auch sympathisch. Aber wenn Politiker diese Wohlfühl-Verpflichtungen dem Dialog, bei dem es um das Eingemachte geht, vorziehen, müssen sie sich und wir Bürgerinnen und Bürger uns schon überlegen, wozu sie eigentlich gewählt wurden - erst recht, wenn ein Politiker dann auch noch die für das Thema relevante parlamentarische Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK präsidiert. Und noch weit mehr sollte bei dieser Thematik die Bemühungen um einen Dialog Vorrang haben, nachdem ja das Parlament - also die Vertretung des Volkes - eben dieses Volk doch eigentlich im Stich gelassen hat, als es 2020 die Corona-Verantwortung mit offensichtlicher Erleichterung auf die Exekutive übertrug. Es war dies nicht nur meiner Meinung nach der totale Schiffsbruch unserer parlamentarischen Demokratie.

Aber für die Verantwortlichen gibt es sogar bei offensichtlichen Fehlleistungen vorerst Entwarnung: Druck zur Rechtfertigung gibt es in der Schweiz eigentlich selten und selbstverständlich können die zur Wiederwahl stehenden National- und Stände-Rat/Rätinnen praktischerweise wie immer auch hier abermals auf die Langmut und Vergesslichkeit der Volksmehrheit zählen, die ja bekanntlich nicht gerne auf schlimme Ereignisse zurückblickt - erst recht nicht, wenn man sich dabei auch noch eigenstehen müsste, dass man in vielen Belangen einer nutzlosen Agenda ausgesetzt oder gar einer grossangelegten Täuschung aufgesessen war.

Vorbemerkungen

Ich habe inzwischen die von dir gesandten Unterlagen im Mail vom 15. Mai 2023 gesichtet. Gerne äussere ich mich hier dazu und nehme Bezug auf diverse Antworten, die Du mir gegeben hast und habe Deine Antworten in meinem Text impliziert.

Vieles von dem, das Du geschrieben hast, leuchtet mir ein und nötigt mir ein gewisses Verständnis ab. Ich verstehe auch, dass ihr als Politiker verschiedentlich unter Druck wart, auch von den Scharfmachern und „Berufspanikern“, die während der Corona-Zeit wohl am liebsten das ganze Land in ein KZ verwandelt hätten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass es euch bei der von Dir reklamierten Rücksichtnahme nichts ausgemacht hat, dass immerhin rund 30 Prozent der Bevölkerung mit euren Entscheidungen nicht einverstanden waren.

Das wurde im zweiten Corona-Jahr noch offensichtlicher. Aber niemand im Parlament hat sich etwa über die erschreckende Gleichschaltung der Medien beschwert. Und niemand von euch hat bis heute ernsthaft angeregt, etwa gegen die SRF-Hetze und das tendenziöse wissenschaftliche Geschwurbel, das das Schweizer Fernsehen während der Corona-Krise tagtäglich veranstaltet hat, vorzugehen. Dabei weisst Du in Deiner politischen Position hoffentlich, dass ein solches unverhältnismässiges Verbreiten von Angst und Panik in der Bevölkerung nicht nur ein Ärgernis, sondern ein strafbares Delikt darstellt und nach schweizerischer Gesetzgebung mit bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft werden kann.

Vorweg dazu zwei Fragen

- Wurde diese eklatante Verletzung des Gebots zur Ausgewogenheit beim Schweizer Fernsehen im Parlament und/oder in Deiner Fraktion jemals diskutiert?

Medien und Presse gelten ja bekanntlich als die „Vierte Gewalt“ im Staat und sie werden aufgrund ihres (angeblich) vielseitig meinungsbildenden Charakters vom demokratischen Staat gefördert. Und gerade das Schweizer Fernsehen möchte ja bereits schon wieder mehr Geld, wobei die SRG ohnehin durch ein fragwürdiges Zwangsgebührensystem finanziert wird. Ausgewogenheit in der Berichterstattung gab und gibt es in Corona-Zeiten (und auch jetzt beim Ukraine-Konflikt) nie. Gerade Deine Partei aber steht der SRG bekanntlich besonders nahe und gerade deshalb steht „Die Mitte“ in besonderer Verantwortung.

Dazu folgende Fragen:

- Wie stehst Du zu einer Untersuchung des Totalschiffsbruchs von SRF, insbesondere zur womöglich strafbaren Agitation der Verantwortlichen, insbesondere der Fernsehdirektorin Nathalie Wappler und des Chefredaktors Tristan Brenn?
- Bist Du bereit, dieses Thema in der Fraktion anzustossen oder bist Du der Meinung, dass auch hier einfach „Schwamm drüber“ gelten soll?

Hetze und Diffamierung

Du schreibst in Deinem Mail vom 15. Mai, man habe als Parlament allen gerecht werden wollen. Und trotzdem wurden mit eurer Billigung und teilweise sogar mit eurer Mitwirkung rund 30 Prozent der Bevölkerung genötigt, erpresst und diffamiert - und dies trotz eines ausdrücklichen Diskriminierungsverbots in der Bundesverfassung. Dies hatte für diese Bürgerinnen und Bürger zum Teil existenzielle Auswirkungen - und das gerade in den Lebensbereichen, mit der sich ja jene Kommission zu befassen hat, der Du als Präsident vorstehst: Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK.

Tatsächlich haben sich trotz der von Dir reklamierten Um- und Vor und Rücksicht viele Deiner Kolleginnen und Kollegen (angefangen von Ruth Humbel über Andreas Grossen und weitere National- und Ständeräte bis hin zu BR Guy Parmelin) sehr aktiv am Bashing der Nichtgeimpften beteiligt - ein Bashing, dessen Rechtfertigung (sollte es denn diese überhaupt je gegeben haben) sich inzwischen sowohl in epidemiologischer als auch in wissenschaftlicher Hinsicht als unhaltbar, sogar falsch erwiesen hat. Obwohl dies ein eklatanter Verstoss gegen die Bundesverfassung war, hat sich absolut niemand dieser Exponenten jemals für ihre Entgleisungen entschuldigt und auch das Parlament als Ganzes hat diese Diffamierung offensichtlich bereitwillig geduldet und, mehr noch, offenbar sogar begrüsst und die Ressentiments sogar mitgeschürt. Das Schweigen des Parlaments markierte eindeutig eine Zustimmung, denn nach wie vor hat die altbekannte Maxime ihre Gültigkeit: Wer schweigt, stimmt zu.

Hierzu vier konkrete Fragen:

- Wie gehst Du persönlich, als gewählter und vereidigter Ständerat und als Präsident der SGK eigentlich mit derartigen Entgleisungen, mit diesen Diffamierungen und diesen Hass-Reden um, die im Namen der eidg. Gesundheitspolitik passiert sind? Ist hierzu demnächst ein offizielles Statement zu erwarten?
- *Hate Speech* ist heute DAS Thema und *Woke & Political Correctness* werden ständig thematisiert; wieso hat niemand in euren Reihen Scharfmacher/innen wie NR Humbel oder NR Grossen öffentlich hierfür gerügt?
- Wurden derartige verbale Entgleisungen in der SGK eigentlich jemals besprochen, thematisiert und hinsichtlich einer allfälligen Reaktion gewertet?
- Dürfen die Diffamierten und Verunglimpften und durch politisches Agitieren über Monate Benachteiligten demnächst eine Entschuldigung oder zumindest eine offizielle Verurteilung aller verbalen Entgleisungen erwarten? (Es ist nämlich der Eindruck entstanden, dass Politiker sich alles leisten können, sogar Hass-Reden und das aktive Vorantreiben der Spaltung unserer Gesellschaft.)
- Und: Wirst Du Dich aufgrund Deiner SGK-Funktion dazu noch äussern?

Wir haben es halt nicht besser gewusst...

Auch ist die nun bald ewig kolportierte Entschuldigung, man habe es eben nicht besser gewusst, schon länger nicht mehr hinnehmbar, denn sie hat sich angesichts der Faktenlage tatsächlich als wohlfeile Ausrede entpuppt.

Vieles war schon früh durchaus bekannt. Wenn Du etwa meine Facebook-Posts bereits ab März und April 2020 nachliest, wirst Du feststellen, dass ich die Unhaltbarkeit der verfügbaren Corona-Massnahmen - und das, ohne ein Experte zu sein - bereits damals thematisiert und kommentiert habe. Aber selbstverständlich gab es von Anfang an noch weit Berufeneren - Fachkräfte wie Prof. Dr. Sucharit Bhakti oder Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Michael Yeadon oder Prof. Beda Stadler -, die öffentlich die verhängten Corona-Massnahmen infrage stellten. Aber auch der weltweit meistzitierte Mediziner John Ioannidis von der Stanford University of California belegte sehr bald bzw. zu Beginn der Krise die Nutzlosigkeit eines sinnlosen Aktivismus; und selbst wenn es sich Exponenten wie Christian Drosten oder Karl Lauterbach noch so gewünscht haben: Die Fallzahlen bei jenen Staaten, die weitgehen auf Massnahmen verzichteten (Schweden, Florida, Texas, South Dakota u. a.) waren zu keiner Zeit höher als bei jenen, die den Zirkus bis zum Exzess durchführen liessen, so wie das etwa in Deutschland, Frankreich, Österreich, Australien, Neuseeland oder in Kanada geschehen ist.

Tatsache ist: man hörte diesen kritischen Kräften bei den Entscheidungsträgern (und den ihnen zudienenden Medien) nicht nur nicht zu, man versuchte sie sogar zu diffamieren und sie als Verschwörungstheoretiker, Rechtsradikale und - es war wirklich nur noch grotesk - auch noch als Antisemiten zu verunglimpfen und mundtot zu machen.

Diese Haltung herrschte auch in unserem Land Tagesordnung und sie hatte direkte Auswirkungen: Von Anfang an, das wirst Du nicht bestreiten können, berief der Bund nämlich nur Corona-Paniker, Impf-Euphoriker und Lockdown-Süchtige in die Task Force; nicht ein einziges Mal wurde etwa der international anerkannte Virologe Sucharit Bhakti oder andere berufene Stimmen aus dem Lager der Skeptiker vom Bundesrat und/oder vom BAG angehört, um so eine andere Meinung zu hören - dies im Bestreben, ausgewogene Entscheidungen zu treffen.

Die Entscheidungen der Task Force und des BAG waren nachweislich zu keinem Zeitpunkt ausgewogen. Und genau da liegt das Problem: Wer sich aber von Anfang an anderen Meinungen verschliesst und zu Beginn nur auf ein einzige Variante setzt und damit das Narrativ bestimmt, kann später nicht mit der Mär kommen, man habe es halt nicht besser wissen können - einmal davon abgesehen, dass das in einem Rechtsstaat auch völlig belanglos ist, denn Nichtwissen schützt bekanntlich vor Strafe nicht.

Darum folgende Frage:

- Wurde im Parlament und seinen Organen zu irgendeinem Zeitpunkt (und das protokollarisch vermerkt) festgestellt, dass die Corona-Task Force sehr einseitig zusammengesetzt war und nur aus ausgewiesenen Scharfmachern und Impf-Euphorikern

bestand? Wurde diese völlig undifferenzierte Zusammensetzung im Parlament und bei der SGK nachweislich (z. B. mit Protokoll) jemals kritisiert und bemängelt?

- Warum hat man sich nicht um eine Ausgewogenheit in der Entscheidungsfindung bemüht bzw. dieser absichtlich verweigert?
- Kanntest Du und die Mitglieder der parl. Gesundheitskommission SGK die Einwände, die von Anfang an auch von namhaften Wissenschaftlern und Medizinern kamen?
 - a) Wenn ja, warum hast Du und Deine Kommission diese nicht ernst genommen?
 - b) Wenn nein: Warum wart ihr nicht besser informiert?

Die Verweigerung durch die Politik

Wie Du wahrscheinlich den Medien entnommen hast, war der Film- und Buchabend vom Dienstag, 16. Mai 2023 ein voller Erfolg und es fanden nicht einmal alle Platz, die gekommen waren. Ich musste allerdings am Dienstagabend und auch am zweiten Aufführungstag vom Freitagabend, 29. Mai die vollständige Absenz der sowohl nationalen als auch kantonalen Politik feststellen, was übrigens längst nicht nur mir aufgefallen ist. (Einmal abgesehen davon, dass es sich trotz Trennung von Kirche und Staat wahrscheinlich sehr wohl gehört hätte, dass wenigstens ein einziger Obwaldner Regierungsrat dem Churer Bischof die Ehre erwiesen hätte).

Viele der Anwesenden waren übrigens über diese durchaus vielsagende Absenz sämtlicher Politiker/innen enttäuscht, wahrscheinlich aber kaum mehr wirklich überrascht. Dabei wären gerade derartige Anlässe sehr gut, um den Puls der Bevölkerung zu spüren - ein Gespür, das Berufspolitikern wie Cédric Wermuth, aber auch den bürgerlichen Vertreter/innen in sehr grossen Teilen längst abhandengekommen ist - auch, weil viele Parlamentarier/innen nebenher durch (vielleicht allzu vielen) privaten Mandaten, die sie aufgrund ihrer Ratstätigkeit wahrnehmen, offenbar zu sehr beschäftigt sind. Auch überaus bezeichnend erscheint, dass sich auch kein einziger Politiker für meinen Film oder mein Buch zu interessieren scheint (via der Plattform VixStore sehe ich ja, wer bestellt hat) - übrigens habe ich dort auch Deinen Namen nicht gesehen.

Zu Deinen Ausführungen

Wie zu Deinen Ausführungen vom 15. Mai bereits eingangs angemerkt: Gewisse Dinge verstehe ich und kann sie auch nachvollziehen. Andere Passagen Deiner Ausführungen erachte ich als problematisch. Ich erlaube mir, näher darauf einzugehen.

1.

Du sagst, nur wegen den Impfungen sei man einem Corona-Desaster entkommen (zumindest bei der Delta-Variante). Dies jedoch bleibt eine reine Behauptung. Und wenn der Zürcher SP-Ständerat Daniel Jositsch in der Arena vom 19. Mai 2023 auch noch behauptet, dass ohne die verfügbaren Corona-Massnahmen heute die Hälfte der Bevölkerung

tot wäre, ist das eine überaus dreiste Behauptung, die auf keinen erkennbaren Fakten basiert.

Darum dazu folgende Fragen:

- Wie stehst Du in Deiner Funktion als Präsident der parl. Gesundheitskommission dazu, dass einer Deiner Kollegen und ein prominenter Parlamentarier in der Öffentlichkeit derartigen polemischen Unsinn verbreitet?
- Wirst Du als Präsident der parlamentarischen Gesundheitskommission diese und ähnliche öffentlich gemachte Aussage ebenfalls öffentlich im Sinne der Stärkung einer politischen Glaubwürdigkeit kommentieren bzw. relativieren? Ich erinnere Dich daran, dass eine solche Aussage mit Sicherheit die ohnehin tiefen Gräben in der Gesellschaft noch tiefer werden lässt.
- Welche Beweise (nicht Behauptungen) belegen eigentlich Deine Behauptung in Deinem Mail vom 15. Mai 2023, dass wir nur wegen den Impfungen glimpflich davongekommen seien? Hast Du die hiesigen (und auch die deutschen, französischen oder österreichischen) Daten mit jenen von Schweden, Florida, Texas oder South Dakota verglichen - Staaten, die bekanntlich von diesen Massnahmen abgesehen haben?

Kollateralschäden

Es bleiben im Weiteren dringlichst die Fragen zu den Kollateralschäden der politischen Corona-Agenda:

- Wie beurteilst und kommentierst Du als Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK die aufgrund der Corona-Politik (bis heute) völlig überfüllten Psychiatrien und den enormen Anstieg der Suizidrate, die leider klar auf die Massnahmen und ihre Auswirkungen zurückzuführen sind?
- Wurden diese Daten dokumentiert? Und werden sie in ihrer Qualität und Quantität demnächst veröffentlicht?
- Werden und wurden die effektiven und evidenzbasierten Kollateralschäden mit dem bloss vermuteten, also rein hypothetischen Nutzen der Massnahmen ernsthaft und vor allem objektiv und nicht dem Narrativ entsprechend verglichen? Und: Dürfen wir demnächst die Resultate erfahren?

Meines Wissens hat der Bundesrat bis anhin Informationen über die Suizidraten im Zusammenhang mit Covid-19 (bzw. den Massnahmen, die zu Isolierung, Vereinsamung, Perspektivlosigkeit und Panik geführt haben) trotz mehrfachen Anfragen bis heute verschwiegen. Der Bundesrat behauptete im ersten Corona-Jahr sogar, man könne die Daten gar nicht verlässlich erheben. Dass das schlicht nicht stimmte, wissen wir beide.

Ich gehe aber davon aus, dass Du in Deiner SGK-Funktion sehr wohl über diese Zahlen Bescheid weisst oder sie zumindest umgehend besorgen kannst, und ich kann mir auch nicht

vorstellen, dass diese Zahlen irgendeinem ominösen Kommissionsgeheimnis unterliegen, auf das sich Politiker/innen gerne berufen, wenn es gilt, unschöne Dinge zu verschweigen. Darum folgende Fragen:

- Hast Du diese Suizid-Zahlen?
- Wenn ja: Wann wirst Du uns dazu informieren?
- Wenn nein: Forderst Du diese Daten beim Bundesrat ein, um uns Bürgerinnen und Bürger umgehend über das Ausmass der Selbstmordrate zu informieren, damit wir uns im politischen Prozess auch als Bürger/innen ein Bild zur Corona-Politik und deren Auswirkungen machen können?
- Wie stehst Du zu den immer augenscheinlicher auftretenden Impfschäden? Gibt es überhaupt Bestrebungen seitens der Politik und insbesondere der SGK, sich diesem tragischen Thema sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht zu stellen und eine ehrliche Auslegeordnung vorzunehmen?

2.

Du räumst in Deinen Ausführungen vom 15. Mai 2023 schriftlich ein, dass die Impfung bei der Omikron-Variante tatsächlich keine merkliche Wirksamkeit entfaltet habe. Inzwischen ist die Wirkungslosigkeit eigentlich längst belegt: Geimpfte wurden nämlich genauso krank, steckten andere genauso an und es gibt keine effektiven Zahlen, die belegen, dass der Versuch, die Impfung später einfach als Medikament zu verkaufen, erfolgreich war. Dies war bereits im Sommer 2021 bekannt. Und obwohl ihr das im Parlament gewusst habt, habt ihr der nötigen und diskriminierenden Zertifizierung zugestimmt.

Die tatsächliche Unwirksamkeit der Impfung in Bezug auf Ansteckung und die Unfähigkeit der Vakzine, die Ansteckungskette zu unterbrechen, wurde m. W. übrigens von Virginie Masserey bereits im August 2021 öffentlich festgestellt, wohl, um die offenbar erwartete Aussagen der Pfizer-Frau Jeanine Small vor dem EU-Parlament vom 10. September 2021 vorwegzunehmen. Die Direktorin des BAG, Anne Levy, machte m. W. im Sommer 2021 an einer PK exakt dieselbe Aussage, die einfach zusammengefasst werden kann: Die Impfung machte weder immun noch unterbrach sie die Ansteckungskette. Damit ist das Argument des Ansteckungsschutzes sogar vom BAG gültig widerlegt.

Erlaube darum die Frage:

- Auf welcher staatsrechtlich tragbaren Basis wurde die Zertifikatspflicht eigentlich denn letztlich verfügt, welche einem grossen Teil der Bürgerinnen und Bürger die Grundrechte entriss?

3.

Du behauptest in Deinem Mail vom 15. Mai weiter, dass es klare Beweise gäbe, dass die Impfung bei Covid und auch bei der Omikron-Variante zu mildereren Krankheitsverläufen geführt habe. Wirklich?

- Über welche Beweise - und ich meine ausdrücklich nicht Behauptungen, Annahmen oder Hypothesen - verfügst Du, um eine solche Aussage machen zu können?
- Wie kommt es, dass BR Berset in der Arena im Dezember 2021 offen und ehrlich zugeibt, dass es zu keinem Zeitpunkt Zahlen oder anderes Material gegeben habe, die ebendiese Behauptung untermauert hätten? (Und in ähnlichem Sinn hat sich zuvor bekanntlich ja BR Ueli Maurer geäußert.)

Ich muss angesichts dessen leider feststellen, dass hierzu der zuständige Bundesrat und der Präsident der zuständigen parlamentarischen Kommission völlig unterschiedliche bzw. sich widersprechende Angaben machen. Das impliziert Fragen:

- Du verstehst sicher, dass ich gerne wissen möchte, wer von euch beiden nun recht hat bzw. die Wahrheit sagt: Du als Präsident der Sozial- und Gesundheitskommission oder Alain Berset, Vorsteher des Gesundheitsdepartements?
- Und: Falls Du recht hast, müsstest Du dann nicht die offenbar völlig falschen Aussagen von BR Alain Berset in der besagten SRF-Arena als Legislative und namentlich in Deiner Position als Präsident der Gesundheitskommission auch nachträglich untersuchen lassen? Und da BR Berset dies öffentlich sagte, dies auch ebenfalls öffentlich kommentieren?

Vorläufiges Fazit

Meine Überlegungen bzw. die inzwischen beweisbaren Tatsachen führen zu einem leider unschönen Fazit. Da Du nämlich eingeräumt hast, dass die Impfung 2021 kaum mehr oder nur eine nur mehr schwache Wirkung hatte und da die Impfstoffhersteller, wie wir inzwischen (und insbesondere seit dem 10. September 2022 durch die Pfizer-Funktionärin Jeanin Small) wissen, offenbar nie versprochen haben, dass Impfungen Ansteckungen verhindern und nachweislich keinerlei Immunität für Geimpften schaffen würden, macht diese das verfügte Zertifikatssystem und die damit einhergehende Aufhebung der durch die Verfassung garantierten Grundrechte schlicht und ergreifend zu einem verfassungswidrigen Akt.

Der Fall liegt nämlich denkbar einfach, nachdem die Impfungen nachweislich gar nie für Immunität gesorgt haben und erst recht angesichts des Umstandes, dass diese zumindest der Bundesrat und die Verantwortlichen im BAG auch klar gewusst haben. Falls Du bzw. die eidg. Politik nämlich nicht wenigstens einwandfrei und evidenz- und faktenbasiert beweisen könnt, dass die Impfungen leichtere Krankheitsverläufe begünstigen, dann ist die vom Parlament legitimierte Zertifizierung angesichts der Tatsachen ganz klar

1. politische Willkür
2. Verfassungsbruch
3. Nötigung
4. Freiheitsberaubung

Ich bitte Dich bei dieser besonders relevanten Frage um eine ausführliche Stellungnahme.

Nötige Konsequenzen

Wir sind uns sicher darin einig, dass es bei ungenügender Begründung dieser Zertifikatsaktion in einem Rechtsstaat auch eine klare Reaktion einerseits der Gerichte, aber andererseits auch der Legislativen braucht - verbunden mit der Bestrebung, eine anschließende Sanktionierung der Verantwortlichen voranzutreiben.

Bisher war da nichts zu vernehmen, obwohl es sich etwa beim Verdacht auf unbotmässige und willkürlich verfügte Freiheitsberaubung im grossen Stil (Millionen) m. W. um ein Kapitaldelikt handelt - was in einem funktionierenden Rechtsstaat m. W. doch eigentlich die Bundesanwaltschaft auf den Plan rufen müsste.

Dazu konkret:

- Wie stellst Du Dich dazu? Stimmst Du dem zu?
 - a) Wenn ja, wirst Du Dich dahingehend öffentlich vernehmen lassen?
 - b) Wenn nein: Bitte aufgrund der Faktenlage und der aufgrund der staatsrechtlich geltenden Parameter Dein Nein begründen.

Ausreichend getestet. Wirklich?

Du behauptest in Deinen Ausführungen vom 15. Mai auch, dass die Impfungen vor der Zulassung ausreichend getestet worden seien.

Dazu vorweg: Auch ohne Medizinstudium weiss man inzwischen, dass bis anhin sämtliche Impfungen eine Testphase von acht bis zwölf Jahren benötigen haben. Dass man dieses Mal bei der mRNA-Impfung „teleskopiert“ (also parallel die Phasen getestet) habe ist natürlich ein Witz, denn gerade der Faktor Zeit ist bei der Evaluation von Impfungen betreff der Langzeitwirkung selbstverständlich von grösster Wichtigkeit und begründeterweise sinnvoll und kann selbstredend gar nicht „teleskopiert“ werden.

Für die Entwicklung und Testung der mRNA-Impfungen brauchte man offenbar aber nicht einmal ein Jahr. Auch wurden m. W. entgegen dem bisherigen wissenschaftlichen Konsens weder Tier- noch Menschenversuche vorgenommen, und dies gerade bei der völlig neuen mRNA-Technik, die eigentlich keine Impfung, sondern de facto eine Gen-Manipulation ist.

Diese aussergewöhnlich rasch erfolgte Zulassung impliziert natürlich eine ketzerische Frage, die Du mir aber sicher beantworten kannst: Waren das früher also alles Idioten, die bis anhin in die Entwicklung einer Impfung trotz des Fakts, dass Zeit Geld bedeutet, acht bis zwölf Jahre Zeit investiert haben, wenn es doch total easy mit „Teleskopieren“ in nur zehn Monaten zu schaffen ist - und dies erst noch bei einem völlig neuen Verfahren, das zuvor nie zur Anwendung gekommen ist?

Solltest Du übrigens jetzt erwidern, man habe schon viel länger schon an Covid19-Impfungen geforscht und gewirkt, wäre das eine sehr gefährliche Aussage, denn sie implizierte natürlich, dass man den Ausbruch von Covid19 offenbar erwartet hat - was selbstredend sofort und unweigerlich Fragen zu einer eventuellen „Plandemie“ aufwerfen würde.

Unbestritten ist weiter, dass einwandfrei und erwiesenermassen feststeht, dass die Covid-19-Impfungen nur provisorisch zugelassen worden ist:

- Warum nur provisorisch? Waren die Vakzine also doch nicht ausreichend geprüft worden?

Gerade dieses Provisorium aber macht die ganze Impf-Aktion auch in juristischer Hinsicht besonders brisant: Eine nur provisorische Zulassung macht m. W. im juristischen Sinn aus den Impfungen nämlich eine experimentelle Behandlung. Die Konsequenz ist klar: Sie darf als solche nur Risikopatienten, sicher aber nicht an eine breite Masse verabreicht werden. Aber genau das ist geschehen: Auf Betreiben der Bundes-Exekutive und mit ausdrücklicher Zustimmung des Parlaments wurde die Impfung einer breiten Masse - zuerst mit Anreizen, dann unter Nötigungen und Drohungen - verabreicht bzw. aufgezwungen.

Zudem müssen de jure bei experimentellen Eingriffen die Konsumenten schriftlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass es sich beim Eingriff um ein Experiment handelt. Das ist nachweislich nicht geschehen (und eine dargebotene Anreiz-Bratwurst wird wohl kaum als Informationsersatz hinhalten können). Das war rechtswidrig und gegen den von der Schweiz mitunterzeichneten Nürnberger Kodex (ich komme noch auf diesen zu sprechen).

Die Schlussfolgerung: Wenn aber die Testphasen zu kurz und die Versuche ungenügend waren (und die Tatsachen sprechen ganz klar dafür), dann ist 1. diese grossräumige Verabreichung der mRNA-Impfung, 2. das Schaffen eines Anreiz-System durch die Gesundheitsbehörden und noch weit mehr die Anwendung von Erpressung und Nötigung zur Impfung plus 3. der vorenthaltene Hinweis auf den experimentellen Charakter des Eingriffs nicht nur einen Verstoss gegen die Verfassung, sondern auch ein klarer Verstoss gegen den bereits genannten *Nürnberger Kodex*, den die Schweiz, wie Du weisst, ratifiziert hat und dessen Inhalt Du angesichts Deiner politischen Position im Inhalt selbstverständlich bestens kennst. Dieser Vorwurf ist massiv und leider durch die Faktenlage gestützt. Meine Fragen dazu:

- Wie stehst Du zur offensichtlichen und willentlichen Verletzung des *Nürberger Kodex* durch die schweizerische Politik?
- Sind ratifizierte internationale Abkommen und Verträge bei Bedarf ihre Gültigkeit? Wenn ja, welche Parameter gelten denn für das Einhalten oder Nichteinhalten?
- Wie stehst Du insgesamt zu meinen Ausführungen und den dargelegten Argumenten?

(Diese Fragen erachte ich übrigens als besonders zentral und sie braucht eine klare und argumentativ einleuchtende Antwort, an der Du Dich und Dein/euer politisches Wirken in den letzten drei Jahren messen lassen muss.)

Das Covid19-Gesetz

Du weist in Deinem Schreiben vom 15. Mai schliesslich auch darauf hin, dass man in der Schweiz immerhin über ein Covid19-Gesetz habe abstimmen können, weshalb das Vorgehen von Parlament und Bundesrat vom Volk ja legitimiert worden sei. Wir beide wissen jedoch nur zu gut, mit welcher völlig einseitigen Propaganda-Maschinerie (inkl. dem von Steuergeldern und Zwangsgebühren finanzierten SRF) das Schweizer Volk bearbeitet bzw. manipuliert worden ist.

Du erinnerst Dich natürlich auch an die bewusste Manipulation der Abstimmungsunterlagen zugunsten des Gesetzes durch die eidg. Bundesbehörden. Und Du erinnerst Dich ganz sicher auch daran, warum ein zweiter Urnengang zum Covid19-Gesetz erzwungen wurde: Genau wegen diesen Manipulationen. Und schliesslich dürfte Dir ebenfalls noch in bester Erinnerung sein, dass man auch bei der zweiten Abstimmung zum C19-Gesetz wiederum die Abstimmungsunterlagen im exakt selben Sinn manipuliert hat und unvollständige Informationen an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verschickt hat (womit eigentlich auch der zweite Urnengang ungültig zu erklären ist).

Eine solche Art von Abstimmungsmanipulation durch die Behörden ist meines Wissens einmaliger Akt. War das bloss Zufall? Ein dummes Missgeschick? Schwer zu glauben.

- Wie stehst Du in Deiner Funktion zu diesen Manipulationen durch die Bundesbehörden? Wieso wurde diese beiden Abstimmungen trotz der groben Fehlern als gültig und korrekt erachtet?

In besonderem Mass heikel ist schliesslich Deine Bemerkung, dass die milliardenfache Anwendung dieser neuartigen und experimentellen mRNA-Impfung jetzt dazu geführt habe, dass man so umfangreich wie noch nie an Daten-Material zu den mRNA-Impfungen gelangt sei. Mit dieser Behauptung implizierst Du in Deinem Mail vom 15. Mai unmissverständlich, dass die milliardenfache Anwendung der mRNA-Impfung letztlich eben doch einen breitangelegten medizinischen Versuch an der Weltbevölkerung dargestellt hat und der Duktus Deines Schreibens scheint das auch noch legitimieren zu wollen. Ich hoffe sehr, Du bist Dir der Brisanz Deiner Aussage bewusst. Die Konsequenzen dieser Feststellung sind nämlich kaum mehr absehbar...

Die seltsamen Privilegien der GAVI

Einer der internationalen Impf-Player ist die Organisation GAVI, bei der private Kräfte, allen voran - welche Überraschung, die Bill & Melinda Gates-Stiftung - mit der Weltbank, der UNICEF und einigen NGOs in kaum transparenter Weise zusammenwirken.

Ziel der GAVI ist es, Impfprogramme voranzutreiben. Dies allein wäre - sollten zumindest die Abklärungen und Prüfungen von Vakzinen (anders als bei den mRNA-Impfung) seriös sein - selbstverständlich nichts Verwerfliches. Kritisch wird es aber bei der von der GAVI angestrebten und vorangetriebenen Einführung eines internationalen Impfausweises und eines obligatorischen digitalen Gesundheitsausweises für alle Menschen, der dann - und das, lieber Erich, wissen wir beide - als einmal eingeführtes obligatorisches Zertifikat natürlich alsbald einen allgemeinen internationalen Impfwang impliziert. Sorge bereiten muss uns auch die formulierten und bereits getesteten Bestrebungen der GAVI, diese Zertifikate als Mikro-Chip den Menschen gleich einzupflanzen. Welche Missbrauchsmöglichkeiten damit verbunden sind, brauche ich Dir wahrscheinlich nicht zu erläutern.

Nicht nur ich wundere mich jetzt angesichts dieser beschriebenen Umstände schon sehr, wenn ich sehe, welche Privilegien diese mehrheitlich private und in jedem Fall privat dominierte Organisation in der Schweiz geniesst - Privilegien, die die GAVI auf ein diplomatisches Niveau hievt:

- Immunität vor Strafverfolgung
- Privates Schiedsgericht
- Keine externe Kontrolle
- Keinen behördlichen Zugriff auf Gebäude, Grundstücke und Vermögen
- Steuerfreiheit

Verwunderlich bzw. befremdlich sind diese Privilegien nicht nur hinsichtlich des privaten Charakters der GAVI, sondern auch angesichts des Profits, die die Tätigkeit der GAVI für einzelne Mitglieder und insbesondere die Bill Gates generiert.

Dazu folgende Fragen:

- Wie erklärst Du Dir diese immensen Privilegien?
- Wie ist Deine Meinung dazu als Parlamentarier und Präsident der SGK?
- Wie stehst Du und die SGK zur Verpflichtung zu einem digitalen Impfausweis für Schweizerinnen und Schweizer?

Solltest Du jetzt argumentieren, dass das Einführen eines solchen Impfpasses letztlich immerhin die Reisefreiheit Geimpfter garantiert, provoziert das natürlich eine brisante Frage, denn Du weisst sehr wohl um das Diskriminierungsverbot in der Schweizer Bundesverfassung und in diesem Kontext auch um die Wahlfreiheit der Bürger/innen („*mein Körper, meine Wahl*“ bzw. „*my body, my choice*“) und gerade beim geplanten und bereits angekündigten genmanipulativen Charakter künftiger Impfungen um die in der Verfassung garantierten Gewissens- und Glaubensfreiheit. Darum:

- Wie also garantiert der Bund in Zukunft dann die individuellen Freiheiten Nichtgeimpfter bzw. Impfunwilligen?

Nicht bloss ich konstatiere zu all diesen heiklen und brisanten Fragen in der Bundespolitik ein überaus grosses Schweigen. Doch wie kommt das?

- Werden derartig wichtigen und existenziellen Themen im Parlament und insbesondere in der GSK überhaupt diskutiert oder verpasst das eidg. Parlament aufgrund eines zermürenden Tagesgeschäfts die tatsächlich wichtigen Weichenstellungen?

(Es waren in der Juni-Session 2023 des Parlaments m. W. über 150 neue Geschäfte und Vorstösse zu behandeln - dies nebst den etwas über 50 Geschäften, die als hängige Vorstösse zusätzlich noch zu behandeln waren. Die Unmöglichkeit, sich mit den grossen Zusammenhängen befassen zu können führt dann wahrscheinlich zwangsläufig dazu, dass hinterher wohlfeil behauptet werden wird, man habe international nachziehen müssen, weil sonst der internationale Druck zu gross geworden wäre...)

Der neue WHO-Vertrag

Deine Antworten zum anstehenden neuen WHO-Vertrag, um den letzten Fragenkomplex anzupacken, vermochten mich nicht zu überzeugen. Und leider auch nicht zu beruhigen. Vorweg deshalb erst die überaus wichtige Feststellung, dass es sich bei der WHO (so wie bei der GAVI) um eine private Organisation handelt, die auch zu einem ansehnlichen Teil privat (z. B. durch die Bill & Melinda Gates-Stiftung) finanziert wird.

Die Fragen zur WHO werden umso dringlicher, nachdem kürzlich der Deutsche Bundestag diesem Gesetz zugestimmt hat, ein angesichts der staatspolitischen Auswirkungen unerhörter Vorgang, der seltsamerweise von den Leitmedien völlig totgeschwiegen wurde.

Wie Du in Deiner SGK-Position weiter sicher auch weisst, hat die WHO im Jahr 2014 die Parameter bezüglich einer Pandemieausrufung nach unten gesenkt (und vor 2014 wäre Covid-19 aufgrund der von der WHO damals festgelegten Parametern gar nicht als Pandemie behandelt worden!). In den neuen WHO-Papieren wurde denn auch der Passus ersatzlos gestrichen, dass nicht nur eine Verbreitung einer Krankheit, sondern auch die zu erwartenden Todesfälle grösseren Ausmasses erst eine Pandemie definiere. Der Effekt dürfte Dir klar sein: Sollte es der WHO (oder und insbesondere deren Geldgebern) in ihre Agenda passen, steht es der WHO offen, selbst eine normale Wintergrippe zum weltweiten Pandemiefall zu erklären.

Die Schweiz ist Mitglied der WHO. Darum ist folgende Frage mehr als berechtigt, denn die Pandemie-Definition ist folgenswer:

- Wie beurteilst Du als Präsident der zuständigen Kommission diese Minimierung der Pandemieschranken?

Kürzlich hat der neue Co-Leiter der WHO, der Saudi-Araber Dr. Abdullah Assiri, in einer Pressekonferenz klargemacht, worum es der WHO geht: Um die absolute Kontrolle im Falle einer Pandemie, die sie allein und ohne Rücksprache mit den Mitgliedsländern ausrufen kann: Es gehe darum, so Assiri wortwörtlich, im gegebenen Fall die individuelle

Freiheit der Menschen massiv einzuschränken und die Kontrolle über die Berichterstattung zu erlangen. (Dr. Assiris gefährlichen Aussagen kannst Du übrigens über die YouTube-Internetplattform selber nachprüfen.)

Ich bin sicher, dass ihr in der Wandelhalle und an Fraktionssitzungen über diesen WHO-Vertrag sprecht und dass Du deshalb die Grundstimmung sehr wohl kennst. Darum nochmals sehr konkret die Frage:

- Wie stehen die Fraktionen und die Parlamentsmehrheit zum neuen WHO-Vertrag?
- Dieser neue WHO-Vertrag bedeutet de facto eine Verfassungsänderung. Kannst Du mir in Deiner Funktion und als Vertreter der Legislative versichern bzw. versprechen, dass es im Falle des WHO-Vertrags in jedem Fall zu einer Volksabstimmung kommen wird?
- Wie stehst Du persönlich zum neuen WHO-Vertrag?

Ich bin übrigens auch sehr überrascht, dass dieser WHO-Vertrag bei uns nicht mehr thematisiert wird, sieht er doch vor, wie Du sicher weisst, auch Klimaanliegen bzw. Klimagesetze zu implementieren. Die WHO folgt hierbei strikt der bei den zuständigen Wissenschaften keineswegs unbestrittenen Behauptung, dass einzig der Mensch für die Erderwärmung verantwortlich sei. Besonders brisant die Schlussfolgerung: Die WHO ortet im angeblich einzig vom Menschen verursachten CO₂-Ausstoss das grösste Gesundheitsrisiko, weshalb sich die WHO im neuen Vertrag vorbehält, ohne Rücksicht auf die Verfassungen der Mitgliedstaaten und erst recht ohne Rücksicht auf individuelle Freiheiten der Menschen Massnahmen nach eigenem Gutdünken anzuordnen.

Selbst die Kontrolle über die allgemeinen Informationen soll im Fall einer angeblichen bzw. ausgerufenen Pandemie der WHO obliegen, wie bereits vor den erwähnten Erklärungen des Dr. Assiri aus den WHO-Papieren bekannt wurde. Wie sie selbst in ihrem Papier zum Vertrag schreibt, herrsche ohnehin eine „Pandemie der Information“. Diese sei zu beschneiden bzw. zu kanalisieren, und dies selbst beim eintretenden Fall, wenn Informationen akkurat seien. Und es steht, wie Du ja weisst, klipp und klar in den relevanten Unterlagen, dass die WHO in Zukunft nicht nur Impfpflichten, neue Zertifikate und Quarantänen, sondern auch Klima-Massnahmen anordnen kann.

Es bleibt die Frage, wie könnt ihr Volksvertreter angesichts der zu erwartenden Konsequenzen eigentlich noch so ruhig bleiben können. Und warum wird die Diskussion über Sinn und Unsinn einer WHO-Mitgliedschaft, insbesondere unter den Vorzeichen dieses neuen Vertrags, nicht endlich in einem breiten und einer direkten Demokratie würdigen Art angestossen? Oder verbirgt sich hinter diesem sich Ausschweigen gar eine Absicht, nämlich die Strategie, abzuwarten, bis alle wichtigen Staaten diesen Vertrag unterzeichnet haben, um dann mit der altbekannten Ausrede zu kommen, die Schweiz habe aufgrund eines angeblichen internationalen Drucks gar keine Wahl mehr gehabt als dem neuen Vertragswerk zuzustimmen?

Schlussbemerkungen

Sehr geehrter Herr Ständerat, lieber Erich, ich versichere Dir, dass ich, auch wenn ich mich auf den letzten Seiten ab und zu ins Feuer geschrieben habe, zu den eher gemässigten Massnahmen-Kritikern gehöre und den Konsens suche und in politischen Fragen stets gesucht habe (und im Gegensatz zu den Obwaldner Mitteparteien habe ich in meinen beiden NR-Wahlkämpfen 2007 und 2019 anerkanntermassen stets mit Anstand und Fairness agiert). Hingegen bekomme ich aber nach der Berichterstattung zu meinem Projekt in den Medien fast täglich Zuschriften und Anrufe von mir zum Teil völlig unbekanntem Menschen; die geschilderten Fälle von Ausgrenzungen von Nichtgeimpften sind krass, sie waren klar verfassungswidrig und sie verletzen wiederholt die Grundrechte und die Würde dieser Menschen. Dabei muss ich feststellen, dass die Verletzungen sehr tief gehen und sich diese Betroffenen aus wirklich allen Alters- und Bevölkerungsschichten rekrutieren - ein Umstand, der es kaum erlauben wird, dass man diese Krise einfach auszusitzen versucht und zeitgleich mit immer fragwürdigeren Gerichtsurteilen zu „bodigen“ vermag.

Die bis anhin erfolgten Versuche, Verletzungen und Widerstand bei Rechtsradikalen, Antisemiten, Verschwörungstheoretikern oder Reichsbürgern zu verorten, scheinen auch nicht mehr recht zünden zu wollen; sie erweisen sich in ihrer Polemik im Gegenteil als kontraproduktiv und brandgefährlich. In Tat und Wahrheit ist es nämlich viel banaler: Inzwischen haben das Lügen, Abstreiten und Verwässern von Seiten der Politik ein Mass angenommen, welches für hunderttausende von normalen Bürgerinnen und Bürger einfach nicht mehr hinnehmbar ist. Nicht wenige zitieren inzwischen immer öfter den ehemaligen deutschen Nachrichtensprecher Peter Hahne, der sich zum Thema einer unabdingbaren Covid19-Aufarbeitung äusserst pointiert geäussert hat: *„Ich will Handschellen endlich klicken hören.“*

Angesichts dessen sind die politischen und medialen Versuche, jeder Aufarbeitung entgegenzuwirken, aber auch die Weigerung, die Ursache von immer zahlreicher zu Tage tretenden Impfschäden unabhängig abklären zu lassen, für viele normale Bürgerinnen und Bürger ein existenzielles Problem und ein noch grösseres Ärgernis. Und nicht glaubwürdiger machen die C19-Politik auch die immer skurrileren Methoden, das „Long Covid“-Narrativ aufrecht zu erhalten und regelmässig aufzutischen, während Impfschäden kaum oder gar nicht thematisiert werden. Und auch dieses ständige sich auf die Schultern klopfen, wie gut man doch die Schweizer Politik die Pandemie in der Schweiz gemanagt und nur Dank einer weisen Politik überstanden habe, erscheint angesichts der nun mehr immer weiter zutage tretenden verheerenden Folgen eher peinlich. Es ist schliesslich schlicht irrelevant, ob es andere Regierungen noch schlechter gemacht haben. Solche Vergleiche sind weder opportun noch akzeptabel - insbesondere, da ja die Vergleiche zu Schweden oder Florida gleichzeitig tunlichst vermieden werden.

Die Corona-Zeit und der Unwille, diese aufzuarbeiten, offenbaren Zustände, die unsere Gesellschaft weiter spalten und unseren demokratischen Rechtsstaat zersetzen. Und dass eine Mehrheit im Parlament (und offenbar auch Du) trotz der erfolgten (und hier beschriebenen) Willkür am C19-Gesetz festhalten will, beweist letztlich, dass ihr nicht einmal die inzwischen die gewonnen Erkenntnisse und die herrschenden Tatsachen anerkennen wollt.

Es zeigt aber auch an, in welche Richtung es offenbar in Zukunft gehen soll: Regieren mit Aussperrungen, Nötigungen, mit in Zukunft wohl weiteren digitalen ID und Zertifikaten und bei jedem neuen gesellschaftspolitischen Windstoss mit dem vom Parlament ohnehin schon inflationär angewandten Notrecht.

Doch eines sollte das Parlament inzwischen begriffen haben: Der Widerstand hört nicht auf, wie die Mehrheit der politisch Verantwortlichen zu Beginn noch gehofft hat. Und die Andersdenkenden haben sich auch trotz allen Nötigungen, Erpressungsversuchen und der Anwendung von Zwang und einer einheitlich auf Regierungslinie getrimmten Presse nicht beugen oder brechen lassen. Der Druck zur politischen und juristischen Aufarbeitung wird deshalb nicht enden, selbst wenn das C19-Gesetz vermutlich ein drittes Mal angenommen werden wird. Sollten sich Justiz und Politik einer Aufklärung weiter verweigern wollen, dürften unruhige Zeiten kommen. Und das wäre, da sind wir uns sicher einig, eigentlich für niemanden wünschenswert.

Einen direkten Dialog in nützlicher Zeitfrist hast Du mit Verweis auf Deine Zeitnot abgelehnt, weshalb ich nun zu dieser Kommunikation via eines offenen Briefs greife. Du siehst am Ende meiner Ausführungen nämlich sicher auch, dass eine Deiner Veranstaltungen „Direkt aus Bern“ sicher nicht den Rahmen geboten hätte, derartige umfangreiche Fragen zu erörtern. Ich bin aber nach wie vor weiterhin bereit, diese für unsere Demokratie existenziellen Fragen mit Dir in einem öffentlichen Gespräch zu diskutieren - dies allerdings in angemessenerer Weise und in nützlicher Frist und in jedem Fall vor den National- und Ständeratswahlen vom Oktober 2023.

Solltest Du auf meine Fragen schriftlich antworten, werde ich diese Deine Erwiderungen selbstverständlich ebenfalls auf meiner Website veröffentlichen. Ich bin überzeugt, dass meine Fragen auch Fragen sind, die viele Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben. Es sind gerade darum Fragen, die eine Antwort verdienen. Gewiss, Antworten kann man auch verweigern. Doch nach wie vor gilt: Wer schweigt, stimmt zu.

Mit besten Grüßen



Luke Gasser